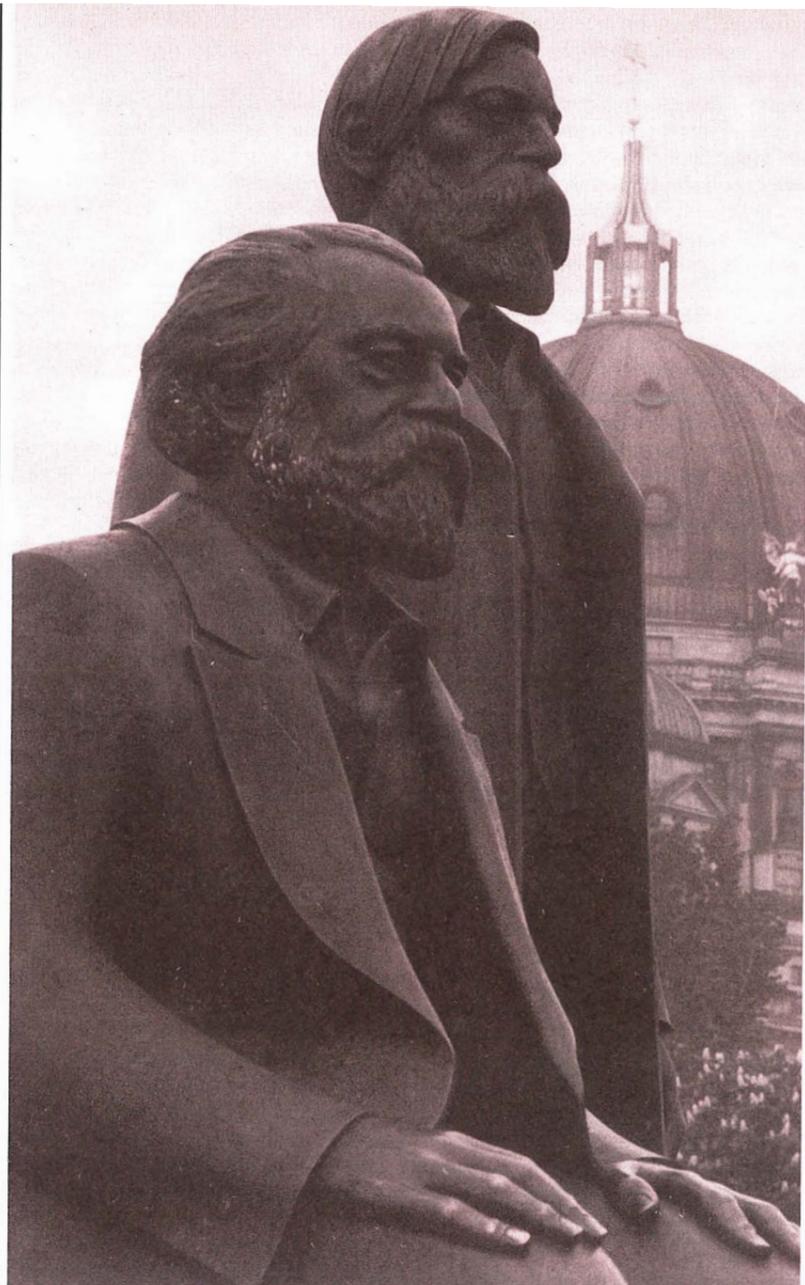


# Neu-Orientierung?

Die Gewerkschaften und der Zusammenbruch des »realen Sozialismus«



von Frank Deppe

**1** Der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Dieter Wunder, hat gefordert, daß die DGB-Gewerkschaften angesichts des Zusammenbruchs des »realen Sozialismus« ihr ideologisches und weltanschauliches Selbstverständnis überprüfen und revidieren müssen. Das zentrale Argument dieses Artikels lautet: Mit dem Scheitern des Sozialismus werden zugleich Fundamente eines gewerkschaftspolitischen Selbstverständnisses erschüttert, das sich auf ein anti-kapitalistisches Gesellschaftsbild (»Systemfeindschaft«) bezieht und daher die Legitimation sowie die Zielvorstellungen der Gewerkschaften – als eines Kampfverbandes – aus dem Interessengegensatz von Kapital und Arbeit ableitet.<sup>1</sup>

Die Bilanz der bisherigen Geschichte des Sozialismus ergibt – so Wunder –, daß nicht nur die verschiedenen Versuche zur Etablierung eines alternativen Gesellschafts- und Politikmodells gescheitert sind, sondern daß sich auch in der Praxis sozialdemokratischer Politik, die sich an den Zielvorstellungen des »demokratischen Sozialismus« orientiert, nur wenige »Anzeichen für alternative Ansätze zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung« erkennen lassen.

Daraus folgt: »Weder Vergangenheit noch Gegenwart, weder Idee noch Praxis lassen es berechtigt erscheinen, an der bisherigen Vorstellung vom Sozialismus festzuhalten. Für die Gewerkschaften gibt es keinen Grund mehr, ihren Beschlüssen die Vorstellung einer alternativen Gesellschaftsordnung zugrunde zu legen – es gibt derzeit keine realistische Vorstellung einer wünschenswerten Alternative. Es gibt nur die kapitalistische Gesellschaft mit ihren Stärken und Schwächen sowie die Kritik an ihr und gewisse Leitideen, in welcher Richtung sich eine kapitalistische Gesellschaft verändern sollte« (S. 716). So weit zunächst der Leitgedanke!

**2** Der Artikel von Dieter Wunder wurde sofort von der FAZ zur Kenntnis genommen. Sie hielt führenden Gewerkschaftern wie Ernst Breit und Franz Steinkühler vor, daß »ihr Weltbild ... weiterhin von der Vorstellung eines dialektischen historischen Prozesses bestimmt (werde), der über kurz oder lang aus dem verabscheuten Kapitalismus und dem durch unglückli-

che Umstände pervertierten Kommunismus eine humane sozialistische Synthese zustande bringen würde«. Als neues gewerkschaftliches Selbstverständnis empfiehlt die FAZ jenes, »das es in einem Teil der Gewerkschaften, für den die IG Chemie mit ihrem Vorsitzenden Hermann Rappe repräsentativ ist, seit langem gibt«<sup>2</sup>.

Diese Empfehlung ist natürlich nicht neu. Schon seit Jahren predigen die Unternehmer und ihre Ideologen, daß die sozialpartnerschaftliche Politik der IG Chemie als Vorbild für alle Gewerkschaften – insbesondere für die IG Metall, die IG Medien (früher: IG Druck und Papier) und die Gewerkschaft HBV – akzeptiert werden sollte. Nun freilich erfährt dieses »natürliche Interesse« des Kapitals eine radikale Politisierung; denn mit der Gleichsetzung von »realem Sozialismus« im Osten und Kapitalismuskritik im Westen – als Basis von gewerkschaftlicher Gegenmachtspolitik – wird eine Art »Schicksalsgemeinschaft« konstruiert, der dann ganz selbstverständlich der Abschied aus der Geschichte nicht nur nahegelegt, sondern abgefordert wird. In diesem Sinne argumentiert z.B. Dieter Kirchner von Gesamtmetall – ebenfalls in der FAZ. Dabei wird schon deutlich, daß die Unternehmer der Metallindustrie zugleich die ideologischen Rahmenbedingungen der diesjährigen Tarifrunde hegemonial »besetzen« wollen. »Der ideologische Ansatz für das Gegenmachtmodell ist spätestens seit dem endgültigen Scheitern des real existierenden Sozialismus und dem durchschlagenden Erfolg des Modells der sozialen Marktwirtschaft entfallen. Der aus der frühkapitalistischen Epoche herübergerettete Klassen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, aus dem die IG Metall die Verweigerung der Partnerschaft ableitet, ist widerlegt. Auch bisher klassenkämpferisch orientierten Gewerkschaften bleibt gar nichts anderes mehr übrig als das Einschwenken auf eine pragmatische Einordnung in die Grundprinzipien der sozialen Marktwirtschaft. Dazu gehören partnerschaftliche ausgerichtete Tarifverträge«<sup>3</sup>.

**3** Obwohl die Konservativen Dieter Wunder als »Kronzeugen« reklamieren, wäre es doch ganz falsch, die Debatte über seinen Artikel nunmehr ausschließlich auf dem Terrain dieses »Resonanzbodens« auszutragen. Wunder ergreift nicht eindeutig Partei gegen die »Ideologie antikapitalistischen Han-

delns« bei der IG Metall und für die »Partnerschaftsideologie« der IG Chemie. Er formuliert vielmehr kritische Fragen, die den »Zwang zur Neubestimmung« bei allen Gewerkschaften deutlich machen sollen.

Natürlich hat er vollkommen recht, daß der Zusammenbruch der politischen Systeme des »realen Sozialismus«, der seinerseits auch Reflex der tiefen Wirtschaftskrise und damit auch des Planungssystems dieser Länder ist, Fragen aufwirft, die zugleich das Selbstverständnis von Gewerkschaften – zumal der linken Kräfte in den Gewerkschaften – berühren. Das sowjetische Modell des Sozialismus, das sich im Gefolge der Oktoberrevolution 1917 durchsetzte, in der Ära des Stalinismus seine konkrete Ausgestaltung und Zementierung erfuhr (Diktatur der Partei in Staat und Gesellschaft, Staatseigentum, zentrale staatliche Planung, monistische Weltanschauung) und schließlich nach 1945 maßgebend für das sozialistische Staatensystem geworden war, wurde seit den 20er Jahren von Sozialisten, seit nunmehr fast zwei Jahrzehnten auch von einer Mehrheitstendenz in den kommunistischen Parteien Westeuropas, als Deformation des Sozialismus kritisiert, die sowohl objektive (u.a. die Rückständigkeit der SU) als auch subjektive (Verselbständigung der Parteidiktatur, terroristische Herrschaftsmethoden, Personenkult) Ursachen hatte. Dennoch muß Dieter Wunder zunächst einmal zugestimmt werden, wenn er darauf aufmerksam macht, daß die programmatischen Vorstellungen des Sozialismus im Westen (trotz der entschiedenen Distanz zum sowjetischen Modell) stets der Vergesellschaftung – als Alternative zum Privateigentum –, der staatlichen Planung – als Alternative zur »Anarchie« der Marktgesetze – und einer fundamentalen Veränderung der politischen Herrschaftsverhältnisse einen zentralen Stellenwert eingeräumt haben.

Es ist daher selbstverständlich, daß die Krisen und Deformationen des »realen Sozialismus« in der Vergangenheit, mehr aber noch der gegenwärtige Zusammenbruch dieser Systeme, damit auch der definitive geschichtliche Endpunkt jenes »Sonderweges«, der nach 1917 in weiten Teilen der Welt eingeschlagen wurde, daß diese – für viele bitter – Erfahrung die Notwendigkeit einer gründlichen Reflexion des Selbstverständnisses sozialistischer Theorie und Politik und der damit verbundenen Handlungs- und Organisationskonzepte geradezu erzwingt. Daß die FAZ und

Gesamtmetall diese Aufforderung zur Überprüfung des gewerkschaftspolitischen Selbstverständnisses der Gegenwart sogleich in einen Fundamentalangriff gegen die IG Metall übersetzen, sollte und muß – vor allem auch im Hinblick auf die angelaufene Tarifrunde – auf dem Terrain der Auseinandersetzung mit den konservativen Hardlinern aus dem Unternehmerlager ausgetragen werden, nicht jedoch als Vorwand dienen, um die notwendige Debatte über die Fragen und Thesen von Dieter Wunder auf ein falsches Terrain abzudrängen.

Im übrigen hat Dieter Wunder selbst die Richtung angedeutet, in der eine solche Debatte sich bewegen könnte: Die »Idee der Gleichheit«, die »Idee der Teilhabe aller an den Angelegenheiten der Gesellschaft«, die »Idee, das Leben der Menschen von ökonomischen Interessen so frei wie möglich zu machen« – diese Ideen sollten als gesellschaftspolitische Leitideen, die zugleich eine Trennungslinie zu Konservativen und Liberalen markieren, überprüft und diskutiert werden (S. 717).

**4** Kehren wir zum zentralen Argument von Dieter Wunder zurück: Kapitalismuskritik (»Systemfeindschaft«), die sich nicht mehr auf die »Vorstellung einer alternativen Gesellschaftsordnung« zu beziehen vermag, hat ihren Grund, damit auch ihre Begründungskraft für gewerkschaftliches Handeln, verloren.

Nun kann im Rahmen dieses Beitrages kaum auf die gesamte Geschichte von Theorie und Praxis des Sozialismus eingegangen werden. Dennoch muß zunächst an einige Grundsachverhalte erinnert werden:

1. Der Sozialismus ist keine fix und fertige Idee, die im 19. Jahrhundert von einigen Intellektuellen in die Geschichte der neuzeitlichen, bürgerlichen Gesellschaft gleichsam implantiert wurde.

Frank Deppe ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Marburg.

<sup>1</sup> Dieter Wunder: Der Zusammenbruch des »realen Sozialismus« und das Selbstverständnis der Gewerkschaften, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 12/1989, S. 714 ff.

<sup>2</sup> Hans Jürgensen: Die Waisenkinder des Sozialismus, in: FAZ vom 19. 1. 1990.

Theorie und Programmatik des Sozialismus konnten nur in dem Maße geschichtsmächtig werden, als sie mit den Interessen und Bedürfnissen breiter Volksmassen – hier besonders der lohnabhängigen Klasse – an der Überwindung sozialer Ungleichheit, Entfremdung politischer Unterdrückung entsprach. Es war also zuerst die durch das kapitalistische Wirtschaftssystem und die Klassengesellschaft erzeugte »soziale Frage«, die den Sozialismus als den politisch-ideologischen Gegenpol von Konservatismus und Liberalismus konstituierte. Dazu kam, daß die bürgerlichen Revolutionen bis ins 19. Jahrhundert – obwohl sie die »allgemeinen Menschenrechte« proklamiert hatten – an dem geschichtlichen Auftrag scheiterten, demokratische Grundrechte für alle Bürger (allgemeines Wahlrecht, Koalitionsfreiheit, soziale Partizipationsrechte) zu verwirklichen. Erst im Resultat des Kampfes der sozialistischen Arbeiterbewegung konnten im 20. Jahrhundert diese Rechte eingeholt werden (und wurden sogleich durch die faschistische »Gegenrevolution« wieder in Frage gestellt).

2. Die Geschichte des Sozialismus stellt sich keineswegs als ein eindimensionales Kontinuum, sondern als eine höchst ungleichzeitige und vielfältig ausdifferenzierte Struktur von unterschiedlichen Richtungen, Zentren und Bewegungen dar. Wie immer auch in der neueren europäischen Geschichte der Gegensatz von »Marxismus-Leninismus« (das sowjetische »Modell«) und »demokratischem Sozialismus« (das sozialdemokratische »Modell«) als die dominante Konstellation gelten mag, so gab es doch stets Zwischenpositionen, kritische »Abweichler« von den jeweiligen »Generallinien« (Wolfgang Abendroth ist nur ein prominentes Beispiel), die nicht nur die jeweilige kommunistische und sozialdemokratische Politik kritisierten, sondern die zugleich auch wichtige Beiträge zur theoretischen Weiterentwicklung und Innovation des Sozialismus leisteten (erinnert sei hier nur an die Strömung der »neuen Linken«, die in und nach den intellektuellen Bewegungen seit 1968 eine bedeutende Rolle gespielt hat!).

Schließlich hat sich der Sozialismus – besonders nach 1945 – weltweit ausgefächert, so daß es immer schwieriger geworden ist, von dem Sozialismus zu sprechen. Vor allem in der sog. »Dritten Welt« hat sich eine fast unüberschaubare Vielfalt von Sozialismen herausgebildet, die nicht nur auf die Bedingungen

der Rückständigkeit und Abhängigkeit reagierten, sondern die Vorstellung einer alternativen Gesellschaftsordnung mit spezifischen politischen, kulturellen, auch religiösen Traditionen der Region bzw. des Landes vermischt haben.

3. Der Kapitalismus ist »kein fester Kristall, sondern ein umwandlungsfähiger und im Prozeß der Umwandlung begriffener Organismus«<sup>4</sup>. Seine geschichtliche Dynamik wird einerseits durch die Produktivkraftentwicklung, durch die Verwertungsbedingungen des Kapitals sowie durch den jeweiligen Grad der Internationalisierung von Produktion und Austausch (Weltmarkt) – andererseits durch die (sich ebenfalls geschichtlich verändernden) nationalen und internationalen Kräftekonstellationen von Kapital und Arbeit bestimmt.

Daraus folgt zunächst, daß die Entwicklung des Kapitalismus diskontinuierlich und krisenhaft verläuft. Die Geschichte der »großen Krisen« bzw. der »langen Wellen« seit dem 19. Jahrhundert kann hier nicht im Detail rekonstruiert werden. Dennoch ist für alle diese Krisen charakteristisch, daß unter dem Druck der sich verschlechternden Kapitalverwertungsbedingungen ein Bruch mit »tradierten Formen der gesellschaftlichen Entwicklung« sich vollzieht und zugleich eine politische Auseinandersetzung um die »Restrukturierung von Formen« ausgetragen wird, »in den sich die gesellschaftlichen Widersprüche zu entfalten vermögen«<sup>5</sup>. In den 80er Jahren hat sich sehr deutlich gezeigt, daß die sozialökonomische, technologische und politische Entwicklung wesentlich durch die Aufgabe bestimmt war, die Kapitalakkumulation an die neuen Anforderungen der Technologie- und Wissenschaftsentwicklung sowie der Weltmarktkonkurrenz anzupassen (Modernisierung) und dabei jene politischen Regulationsformen zu beseitigen bzw. zu »deregulieren«, die in der Nachkriegsperiode sowie in der darauf folgenden Prosperitätsphase des internationalen Kapitalismus in der Form eines »Klassenkompromisses« institutionalisiert worden waren (Sozialstaat, starke gewerkschaftliche Machtpositionen auf dem Felde der Tarifpolitik und der betrieblichen Interessenvertretung – zumindest in den industriellen Kernsektoren der Wirtschaft).

Daraus folgt weiterhin, daß auch »der Kapitalismus« kein einförmiges, gleichsam konturloses Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, sondern ein Weltsystem bildet, das in Regionen und Staaten vielfältig gegliedert und differenziert ist.

In diesem System wirken Beziehungen der strukturellen Abhängigkeit, der Hierarchisierung und der Macht, die ihrerseits durch die Konkurrenzpositionen kapitalistischer Nationen auf dem Weltmarkt bestimmt werden. Dazu kommt, daß die »Binnenausstattung« dieser Nationen – insbesondere im Hinblick auf deren »soziale Dimension« – äußerst unterschiedlich gestaltet ist – als ein Resultat sowohl der ökonomischen Potenzen als auch der politischen Traditionen und der Kräftekonstellationen der Klassen. So ist die Bedeutung des Sozialstaates für den Kapitalismus in Westeuropa – vor allem nach dem zweiten Weltkrieg – eben auch ein Resultat der starken Positionen von Parteien der Arbeiterbewegung und von Gewerkschaften in der Tradition der sozialistischen Arbeiterbewegung.<sup>6</sup>

**5** Vor diesem – freilich nur grob skizzierten – Hintergrund lassen sich schon einige strukturelle Schwächen in der Argumentation von Dieter Wunder benennen:

■ Die von ihm vorgenommene Entgegensetzung von Kapitalismus und Sozialismus blendet die Geschichte sowie die Analyse der sozialökonomischen Realität weitgehend aus. Sie handelt also von Ideen, Leitbildern, Vorstellungen etc.. Dabei bedient sie sich eines grob vereinfachenden Schematismus, dessen (freilich pessimistisch gewendeten) Prämissen eher die geschichtsmetaphysischen Lehrsätze aus Histomat-Schulungsmaterial denn die Vielfalt der Widerspruchs- und Konfliktkonstellationen in der heutigen »Weltgesellschaft« zum Bezugspunkt nimmt.

■ Ein solcher Schematismus liegt letztlich auch der derzeit so populären Phrase vom »Sieg des Kapitalismus« und von der welthistorischen »Niederlage des Sozialismus« zugrunde. Richtig ist natürlich, daß in der Systemkonkurrenz zwischen den hochentwickelten kapitalistischen Metropolen in den USA, Westeuropa und Japan und den sozialistischen Staaten Ost- und Mitteleuropas der Westen sich als ökonomisch und politisch überlegen erwiesen hat. Der Sturz der kommunistischen Machtapparate und Regierungen, der Ruf nach Freiheit und Marktwirtschaft markiert in der Tat das Ende einer Epoche der Systemkonkurrenz (historische Analogien sind natürlich stets fragwürdig; gleichwohl könnte in diesem Zusammenhang an den Zusammenbruch des ersten frühbürgerlichen Revolutionszyklus am Ende des



15./Anfang des 16. Jahrhunderts, besonders in den Städten Oberitaliens, die vor der Feudalmacht Spanien kapitulieren mußten, gedacht werden<sup>7</sup>.

Diese politischen und ideologischen Prozesse stehen allerdings in einem engen Zusammenhang mit der ökonomischen und sozialen Krise des »realen Sozialismus«, die im vergangenen Jahrzehnt zu einer kontinuierlichen Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen sowie der Versorgung der Volksmassen geführt hat. Die »soziale Dimension« dieses Umbruchs wird – ohne daß wir den Gang der Ereignisse exakt voraussagen können – auch für dessen schließliche Resultate wesentlich sein. Mit anderen Worten: Die Auseinandersetzungen um die neuen politischen und wirtschaftlichen Strukturen (Demokratie plus Marktwirtschaft) werden nicht nur davon abhängen, wie viele McDonalds-Buden installiert werden. Vielmehr wird der Inhalt dieser Auseinandersetzungen auch in wachsendem Maße durch die Frage bestimmt sein, ob die Massenarbeitslosigkeit ansteigt und das soziale Elend zunimmt, welche sozialen Sicherungssysteme errichtet werden, welche Mitbestimmungs- und Gegenmachtpositionen die arbeitende Bevölkerung und die Gewerkschaften halten oder neu erobern.

Ein Blick auf die Geschichte der neueren Revolutionen läßt übrigens schnell erkennen, daß es ganz falsch wäre, deren geschichtliche Wirkungen auf die erste Phase des Sturzes des Ancien Regime zu verengen. Der Revolutionszyklus verläuft in verschiedenen Phasen. Nach der Welle der euphorischen Begeisterung über den Sturz des alten Systems folgen stets Perioden der Desillusionierung und Ermüchterung – auch im Mas-

senbewußtsein. In solchen Perioden formiert sich nicht nur die Konterrevolution, sondern tritt zugleich die Problematik der Stabilisierung der Revolution – und vor allem ihrer sozialen Resultate – ins Zentrum der Auseinandersetzungen und der Parteibildungen.

Obwohl der derzeitige Revolutionszyklus im Osten eigenen geschichtlichen Gesetzen folgt, wird sich die Frage nach dem »Ende« des Sozialismus erst dann entscheiden, wenn die Auseinandersetzungen um die soziale und demokratische Ausgestaltung dieser Länder bestimmend wird. In der Gestalt des stalinisierten Marxismus-Leninismus wird der Sozialismus wohl kaum wieder aufstehen. Es ist auch nur sehr schwer einzuschätzen, ob die kollektive oder auch individuell-biographische Erfahrung von relativer sozialer Sicherheit und Gleichheit, oftmals auch die Erfahrung von sozialem Aufstieg und von individueller Qualifizierung (vor allem in ehemals extrem rückständigen Agrargesellschaften) für die Zukunft als partiell lebendiger Bezugsrahmen für die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse fortwirkt oder durch individuelle Konsumorientierung, Religion und Nationalismus vollständig verdrängt wird. Auf jeden Fall stehen diese Länder vor der Bewältigung riesiger sozialer Probleme, die sich durch ihre Öffnung zur kapitalistischen Marktwirtschaft und zum Weltmarkt eher noch verschärfen werden.

Die Zukunft des Sozialismus liegt daher keineswegs in den Trümmern des »realen Sozialismus« begraben. Sie wird dann Konturen gewinnen, wenn der Sozialismus nicht mehr gewaltsam an real existierenden »Modellen« oder an bloßen »Leitideen« gemessen wird, son-

dem wenn der »reale Kapitalismus« mit der Herstellung der Marktfreiheiten zugleich soziale Widersprüche erzeugt, deren Bearbeitung und Überwindung starke Gegenbewegungen und -kräfte auf Seiten der arbeitenden Bevölkerung erfordern, die auch im politischen Raum einen Ausdruck finden müssen. Auf längere Sicht werden solche Gegenbewegungen kaum durch den »Export der sozialen Probleme«, d.h. durch Übersiedlung und Auswanderung – allgemein: durch eine neue Stufe der Internationalisierung der Arbeitsmärkte, vor allem in Westeuropa – zu dämpfen sein, zumal diese Prozesse schon jetzt die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer in den westeuropäischen Ländern zu destabilisieren drohen.

■ Über diese Gedanken zur Zukunft des Sozialismus mag und wird gestritten werden. Dennoch führen sie uns zu einer zweiten, noch gravierenderen Schwäche in der Argumentation von Dieter Wunder, die mit seinem völlig abstrakten Kapitalismus-Begriff zusammenhängt. Wenn er sagt, daß der Zusammenbruch des »realen Sozialismus« der Kapitalismuskritik der Gewerkschaften im Westen den Boden entziehe und dazu ein »dritter Weg nur dem Namen nach« existiere, dann bereitet er nun tatsächlich (gewiß entgegen seiner Intention, die ja auf eine Reformulierung von Leitideen des gewerkschaftlichen Selbstverständnisses zielt) den Boden für jene Argumentation vor, die – übrigens schon in der Vergangenheit – jede Kapitalismuskritik mit dem »realen Sozialismus« identifizierte (und deshalb nur zu oft kriminalisierte) und von den Gewerkschaften ein uneingeschränktes Bekenntnis zum bestehenden wirtschaftlichen und politischen System (Marktwirtschaft plus Demokratie) verlangte.

Gewerkschaftliche Kapitalismuskritik, die den Interessengegensatz von Kapital und Arbeit zum Bezug hat, gewinnt ihre Legitimation überhaupt nicht in erster Linie aus »Leitideen« über ein alternatives, sozialistisches Gesellschafts-

<sup>4</sup> Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, MEW 23, S. 16.

<sup>5</sup> Elmar Altwater: Der Kapitalismus in einer Formkrise. In: ders. u.a.: Aktualisierung Marx<sup>3</sup>, Berlin 1983, S. 80 ff., hier S. 97.

<sup>6</sup> Vgl. dazu auch die sozialgeschichtlich vergleichende Studie von Hartmut Kaelble: Auf dem Weg zu einer europäischen Gesellschaft. Eine Sozialgeschichte Westeuropas 1880–1980, München 1987.

<sup>7</sup> Vgl. dazu Frank Deppe: Niccolò Machiavelli. Zur Kritik der reinen Politik, Köln 1987, bes. Kap. III: Der Aufstieg und Niedergang von Florenz, S. 122 ff.

modell, sondern aus der Erfahrung jener gesellschaftlichen und geschichtlichen Realität, die durch diesen Interessengegensatz charakterisiert ist. Der logische und geschichtliche Ausgangspunkt gewerkschaftlicher Interessenvertretung ist stets mit der Erkenntnis verbunden, daß sich die LohnarbeiterInnen zu einer »gesellschaftlichen Macht« assoziieren müssen, um kollektiv und organisiert dem Kapital eine Verhandlungs- und Handlungsmacht (bis zum Mittel des Arbeitskampfes) entgegenzusetzen, ohne die eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (im Sinne grundlegender gewerkschaftlicher Schutzfunktionen) – auch auf dem Boden der bestehenden kapitalistischen Verhältnisse – nicht zu erreichen ist. Interessenvertretung ohne Gegenmacht ist unmöglich. Selbst die sozialpartnerschaftliche Form der Interessenvertretung setzt Gegenmacht insofern voraus, als sie nur in einem System von Institutionen und Rechtsnormen stattfinden kann, das seinerseits ein geschichtliches Resultat von harten Klassenkämpfen gewesen ist (z.B. die Mitbestimmung).

Gleichwohl geht es hier nicht um abstrakte »Ableitungen«, sondern um reale gesellschaftliche und geschichtliche Prozesse. Derjenige Kapitalismus, von dem Dieter Wunder sagt, daß er heute ohne Alternative sei, oder sagen wir: der heute das Potential antikapitalistischer Politik und der sozialistischen Alternative weitgehend neutralisiert bzw. absorbiert hat – dieser Kapitalismus ist nicht der »Kapitalismus im allgemeinen«, sondern eine historisch bestimmte Entwicklungsform des Kapitalismus, die sich nach 1945 in Westeuropa – und hier wiederum vor allem in den skandinavischen Ländern, in der BRD und in Österreich – herausgebildet hat. Seine wichtigsten Merkmale sind: ein hohes Konsumniveau (das seinerseits kontinuierliche Reallohnsteigerungen und wirtschaftliches Wachstum zur Voraussetzung hat), dabei: eine qualitative Veränderung der Strukturen des Konsums zum a) Automobil (und der damit verbundenen »Automobilkultur«) und b) zu Angeboten der Kultur-, Freizeit- und Dienstleistungsindustrien (Kommunikation, Tourismus usw.). Schließlich gehört zu diesen Merkmalen ein relativ entwickeltes Niveau der sozialstaatlichen Regulierung bzw. Abfederung von sozialen Risiken und des Zugangs zu Institutionen der Bildung und Kultur.

Dieser Entwicklungstyp des Kapitalismus, der offensichtlich für viele Menschen in Mittel- und Osteuropa derzeit

die Funktion eines vorbildlichen Modells hat (Marktwirtschaft plus Sozialstaatlichkeit), ist erstens das geschichtliche Resultat von Klassenkämpfen und des Wirkens einer – im Vergleich zu den USA und zu Japan – starken gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung in Westeuropa (das gilt nicht nur für die »Weichenstellungen« nach 1945, sondern vor allem auch für die Ergebnisse der Klassenauseinandersetzungen etwa zwischen 1965 und 1975). Zweitens ist dieser Entwicklungstyp keineswegs so stabil und alternativlos, wie es derzeit im Spiegel des Zusammenbruchs des »realen Sozialismus« erscheinen mag. Die Erfahrungen des vergangenen Jahrzehnts – kurz: die Anpassung der Akkumulationsbedingungen des Kapitals an die Krisenprozesse sowie an die Weltmarktkonkurrenz, mit der Folge der Massenarbeitslosigkeit sowie der neokonservativ-liberalen Angriffe auf den Sozialstaat und die Machtpositionen von Gewerkschaften – diese Erfahrungen haben deutlich werden lassen, daß die Geschichte des Kapitalismus und seiner Widersprüche in seiner heutigen Gestalt (z.B. in der BRD) keineswegs zum Stillstand gekommen ist. Darüber hinaus hat gerade diese jüngste Entwicklungsetappe des Kapitalismus den Sachverhalt bestätigt, daß das Gegenmachtspotential der Gewerkschaften einen wesentlichen Faktor für die relative Stabilität sozialstaatlicher Regulierungsformen bildet. In den Ländern, wo Gewerkschaften schwach sind bzw. erheblich geschwächt wurden, dort wurde



eben auch das »soziale Antlitz« des Kapitalismus radikal demontiert (USA, GB) – ganz zu schweigen von denjenigen Ländern, in denen (z.B. in Lateinamerika, in Südafrika oder in den ostasiatischen Schwellenländern) autonome Gewerkschaften – wie die Arbeiterbewegung insgesamt – unterdrückt werden.

Schließlich sei daran erinnert, daß der westeuropäische Kapitalismus, den Dieter Wunder zum »allgemeinen Kapitalismus« stilisiert, Teil eines kapitalistischen Weltsystems ist, in dessen südlichen Randregionen (in denen die Mehrheit der Weltbevölkerung lebt) sich Krisenprozesse, Massenelend, politische Unterdrückung und irreversible ökologische Schädigungen konzentrieren. Jeder Begriff von Kapitalismus, der neben der Ost-West-Perspektive nicht auch die Nord-Süd-Perspektive mit einbezieht, wird unscharf und falsch – vor allem auch im Hinblick auf die Frage nach den notwendigen und möglichen Alternativen. Es ist daher kein Zufall, daß heute Sprecher der »Theologie der Befreiung« in Lateinamerika eher vom Sozialismus – als einer sozialen und politischen Bewegung zur Überwindung dieser Widersprüche – sprechen als westdeutsche Sozialdemokraten, die angesichts des Zusammenbruchs des »realen Sozialismus« keine Alternative zum real existierenden Kapitalismus mehr zu erkennen vermögen.

**6** Karlheinz Blessing vom Vorstand der IG Metall weist in einer Replik auf Dieter Wunder<sup>8</sup> »entschieden... jede Gleichsetzung oder Analogie von »realem Sozialismus« und demokratischem Sozialismus« zurück. Die Reformpolitik des »dritten Weges« zwischen Manchester-Kapitalismus und einer staatsbürokratischen, zentralen Planwirtschaft zielt gerade nicht auf eine »alternative Gesellschaftsordnung«, sondern – nach Eduard Heimann – auf den »Einbau des sozialen Gegenprinzips in die Architektur des Kapitalismus«. Eckpunkte dieses »dritten Weges« sind: Mitbestimmung, Demokratisierung der Wirtschaft, Ausbau des Sozialstaates, gewerkschaftliche Gegenmacht mit Tarifautonomie und Streikrecht sowie die Verwirklichung der Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in allen Lebensbereichen. Die Gewerkschaften, die diesen Weg verfolgen, haben daher aufgrund des Zusammenbruchs der Länder Osteuropas keinen Revisionsbedarf ihrer Programmatik. Im Ge-

genteil – mit Willy Brandt sieht Blessing in diesen Ländern die »Wirklichkeit zum sozialdemokratischen Gedanken drängen«.

Blessing hat recht, wenn er die vereinfachende »Gegenüberstellung... von Kapitalismus und »realem Sozialismus« als einzig existierenden Gesellschaftsmodellen« als den prinzipiellen Schwachpunkt in der Argumentation von Dieter Wunder scharf kritisiert – und in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam macht, daß sich der Kapitalismus aufgrund der Gegenmacht und der Kämpfe der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung historisch gewandelt und regional ausdifferenziert hat. Allerdings unterlaufen auch ihm bei der Bewertung der Resultate dieser Kämpfe im Geiste des »dritten Weges« einige Fehleinschätzungen, die ihrerseits Schatten auf den im hellem Licht erstahlenden »demokratischen Sozialismus« fallen lassen:

■ Die Behauptung, »daß die Arbeitskraft weitgehendst ihren Warencharakter verloren hat« (S. 4), dürfte nicht nur verbohnte Marxisten erstaunen. Immerhin gab es Mitte 1989 in den 6 größten kapitalistischen Industriestaaten ca. 17 Millionen offiziell registrierte Arbeitslose. Daß auch die schnelle Ausdehnung der sog. prekären oder ungeschützten Beschäftigungsverhältnisse – vor allem für Frauenarbeit im Dienstleistungssektor – gerade die Disponibilität der Ware Arbeitskraft für die Bedürfnisse der Kapitalverwertung zum Ausdruck bringt, sei nur am Rande erwähnt.

■ »Wo die soziale Idee Platz greift, ist die kapitalistische Herrschaft außer Kraft gesetzt«. Als Beispiele nennt Blessing »Lohnfindung, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen, ... die im modernen Sozialstaat nicht mehr der kapitalistischen Konkurrenz, sondern der Verhandlungsmacht der Gewerkschaften (unterliegen)« (S. 5). Natürlich modifizieren Tarifverträge und starke, handlungsfähige Gewerkschaften die Verlaufsformen der kapitalistischen Konkurrenz. Dennoch bedeutet dies weder eine Ausschaltung der Konkurrenz noch – und das ist der wesentliche Gesichtspunkt – der durch die Konkurrenz vermittelten Akkumulationsstrategien des national und international operierenden Kapitals.

Die Welle der technologischen Innovation und Rationalisierung, der Fusionen und Konzentrationsbewegungen hat doch gerade in den vergangenen Jahren besonders deutlich werden lassen, wie die betriebliche und tarifpolitische Interessenvertretung – und vor allem deren

Gestaltungsfähigkeit im Sinne von Gegenmacht – durch den Modernisierungsdruck, der vom »Sachzwang Weltmarkt« ausgeht, in die Defensive gerät – und wie der Zusammenhang von Flexibilisierung (in Bezug auf Lohnfindung, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen) und Verbesserung der Position der Unternehmen oder der Branche im internationalen Wettbewerb den Gewerkschaften und den Betriebsräten aufgezwungen wird, womit zugleich die Grenzen ihrer Verhandlungsmacht offenbar werden und der Satz eines Klassikers der Kritik der politischen Ökonomie aus dem 19. Jahrhundert sich wieder einmal bestätigt, daß »die Größe der Akkumulation ... die unabhängige Variable (sei), die Lohngröße dagegen die abhängige, nicht umgekehrt!« (MEW 23, S. 648).

Die Überschätzung der Außerkräftsetzung kapitalistischer Herrschaft durch Sozialstaat und gewerkschaftliche Gegenmacht als zentrale Bausteine des »demokratischen Sozialismus« steht freilich in einem engen Zusammenhang mit einer grundlegenden Widerspruchsproblematik, die in der Geschichte des »demokratischen Sozialismus« – zumal in Deutschland – immer wieder aufgebrochen ist. Die SPD muß Mehrheits- und Regierungspartei werden – so lautet die wichtigste politische Botschaft des »demokratischen Sozialismus« seit der Weimarer Republik (und daher rührt dann auch die herausgehobene Bedeutung der Wahlkämpfe für die sozialdemokratische Arbeiterbewegung). Wurde dieses Ziel erreicht, wurden die großen Projekte des »demokratischen Sozialismus« (z.B. das Programm der »Wirtschaftsdemokratie«) zumeist auf dem Altar der Koalitionspolitik geopfert. Wichtiger noch – die SPD als Regierungspartei scheiterte zweimal an den großen Krisen des Kapitalismus: zuerst 1930 an der Weltwirtschaftskrise 1929 ff.; danach an den Folgen der Weltwirtschaftskrise 1974/75, die die sog. Reformphase der sozialliberalen Koalition (Regierung Brandt/Scheel) abrupt beendete, und schließlich die konservative »Wende« von 1982 im Gefolge der erneuten Weltwirtschaftskrise 1980-82.

Daß die objektiven Krisenprozesse in der kapitalistischen Weltwirtschaft der staatlichen Politik Handlungszwänge auferlegen (z.B. leere Kassen und Staatsverschuldung, Inflation, Verschlechterung der Wettbewerbsposition, Anstieg der Arbeitslosigkeit usw.), war noch immer in solchen Situationen ein machtvolles Argument von sozialdemokratischen Kanzlern und Ministern, das

die im Geiste des »demokratischen Sozialismus« verfaßten Partei- und Regierungsprogramme schnell zur Makulatur werden ließ. Einige Kolleginnen und Kollegen werden sich vielleicht noch daran erinnern, daß insbesondere die aktiven Gewerkschafter (gerade diejenigen, die der SPD angehörten) über diese Verabschiedung sozialdemokratischer Regierungspolitik von der Programmatik des »demokratischen Sozialismus« in der zweiten Hälfte der 70er Jahre maßlos enttäuscht waren. Ebenso enttäuscht sind übrigens auch die meisten spanischen Gewerkschafter – von der UGT wie von den Comisiones Obreras (CC.OO.) –, die lange noch die Hoffnung hatten, daß die Alleinregierung der sozialistischen PSOE unter Felipe Gonzales die Modernisierung und Entwicklung Spaniens im Geiste des »demokratischen Sozialismus« vorantreiben würde. Kurzum: Eine kritische Bilanz der Geschichte und des Wirkens des »demokratischen Sozialismus« kann sich nicht mit Leerformeln (»so prozeßhaft und dialektisch läuft Reformpolitik ab«) aus der theoretischen und praktischen Bearbeitung eines Problems herausmogeln, das nun in der Tat für die Zukunft eines sozialistischen, »dritten Weges« von entscheidender Bedeutung ist: wie nämlich bei Ausnutzung der Produktivitätsvorteile, die durch das Wirken von Markt- und Konkurrenzbeziehungen erzielt werden, eine autonome gesellschaftliche – und damit auch politische (demokratische) – Kontrolle über das Wirtschaftswachstum ausgeübt werden kann, die einerseits die Krisentendenzen der kapitalistischen Weltökonomie aufhebt und andererseits eine Verteilung der Wachstums- und Produktivitätsgewinne nach Kriterien der sozialen Gerechtigkeit und der Sozialstaatlichkeit gewährleistet?

**7** Wenn aber nun – und darüber scheint tatsächlich ein außerordentlich breiter Konsensus zu bestehen – in den Gewerkschaften eine Sozialismus-Debatte geführt werden soll, dann sollte diese zunächst einmal die falsche Prämisse korrigieren, daß es in der bisherigen Geschichte der DGB-Gewerkschaften eine fest umrissene, offen artikulierte Sozialismus-Konzeption –

<sup>8</sup> Karlheinz Blessing: »Die Wirklichkeit drängt zum demokratischen Sozialismus« – Eine Replik auf Dieter Wunder, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 1/ 1990, S. 2 ff.

gleichsam als Leitidee zumindest des linken Flügels der DGB-Gewerkschaften für die betriebliche und tarifpolitische Interessenvertretung – gegeben habe. Sozialismus-Debatten haben in Randbereichen oder außerhalb der Gewerkschaften stattgefunden. Dafür gab und gibt es verschiedene Ursachen:

■ Die 1949 gegründete Einheitsgewerkschaft ist nach ihrem Anspruch keine sozialistische oder sozialdemokratische Richtungsgewerkschaft. Das letzte, sozialistische Programm wurde vom damaligen ADGB 1929 unter dem Titel »Wirtschaftsdemokratie« verabschiedet. Für die Programmgeschichte des DGB (1949, 1963 und 1981) spielt der Bezug auf diese Tradition zweifellos eine wichtige Rolle. Gleichwohl hat sich diese Programmatik mit der starken Hervorhebung des Mitbestimmungsgedankens (»Demokratisierung der Wirtschaft«), der Sozialstaatskonzeption sowie von gesellschaftspolitischen Reformen, die auf staatliche Interventionen zugunsten von Beschäftigung, Qualifizierung, soziale Sicherungen, Ausbau von Arbeitnehmerrechten, Umweltschutz u.a.m. gerichtet sind, weitgehend von der Tradition sozialistischer Programme, die einen alternativen Gesellschaftsentwurf präsentieren, abgelöst. Allenfalls in der FAZ oder in Kommentaren der Unternehmerverbände wurden diese Programme als sozialistisch bzw. als »kryptosozialistisch« (weil sie nicht bedingungslos auf dem Boden marktwirtschaftlicher Ideologien stehen) qualifiziert. Die Linke in den Gewerkschaften hat solche Programme wesentlich unter zwei Aspekten bewertet: a) als Ausdruck eines gemeinsamen politischen Willens der verschiedenen politisch-weltanschaulichen Strömungen in der Einheitsgewerkschaft, b) als Plattformen des notwendigen Kampfes um den Schutz der Arbeitnehmerinteressen und um gesellschaftspolitische Reformen, der das Klassenbewußtsein entwickelt und insofern auch in den Gewerkschaften die Bedingungen für die Diskussion von programmatischen Alternativen zum real existierenden Kapitalismus verbessert.

■ Dennoch waren Sozialismus-Debatten in den DGB-Gewerkschaften stets einem beträchtlichen politischen und administrativen Druck ausgesetzt, der die Entfaltung eines Pluralismus verschiedener Standpunkte und strategischer Orientierungen (auf der Basis gemeinsam anerkannter Prinzipien und Ziele der Einheitsgewerkschaft) immer wieder blockierte. Das Schicksal der Grup-

pe um Viktor Agartz in den 50er Jahren steht gleichsam exemplarisch für jene administrative Ausgrenzung linkssozialistischer Positionen, bei der der Druck des Kalten Krieges sowie der herrschenden politischen und ideologischen Apparate im DGB und der Mehrzahl der Einzelgewerkschaften internalisiert wurde. Argwöhnisch wurden in den 70er Jahren Ansätze einer Sozialismus-Debatte in der Gewerkschaftsjugend (aber auch bei politischen Jugendverbänden, deren Debatten in die Gewerkschaften zurückwirkten) verfolgt. Der Verdacht der »Unterwanderung« war meist schneller zur Hand als eine offene und kontroverse Diskussion über strategische Grundsatzfragen und verfestigte so immer wieder jenes Klima der Halblegalität, in dem Pluralismus sich nicht zu artikulieren vermag.

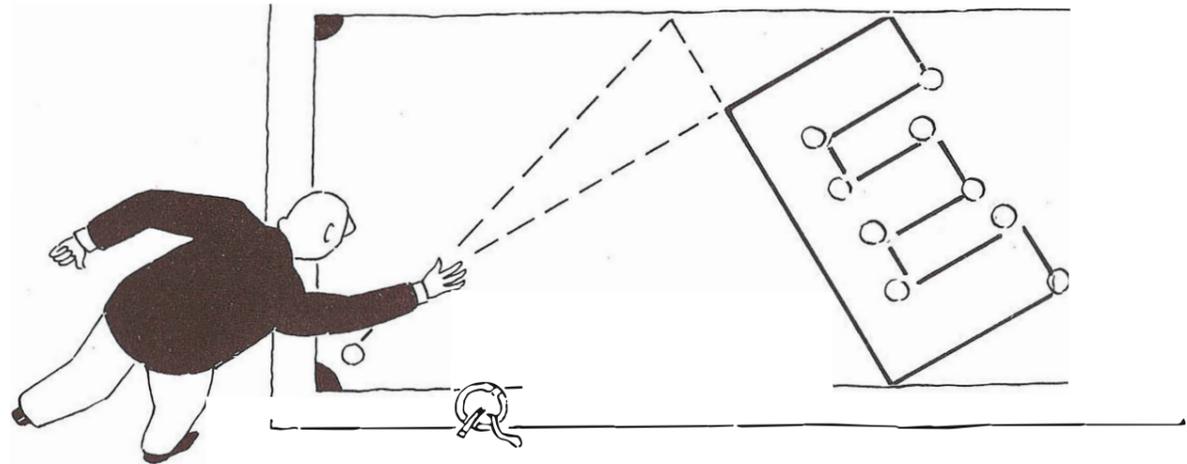
Und schließlich sei daran erinnert, wie unendlich schwerfällig und abweisend zunächst weite Teile der Gewerkschaften auf die von den »neuen sozialen Bewegungen« (Ökologie-, Frauen-, Friedensbewegung) seit dem Ende der 70er Jahre politisierten Themen reagiert haben. Daß die empirische Jugendforschung in den 80er Jahren einen beträchtlichen Vertrauensverlust der Gewerkschaften in den jüngeren Altersgruppen ermittelte, war auch ein Resultat dieser Unbeweglichkeit. »Junge Lohnabhängige assoziieren mit Gewerkschaften vor allem eine bürokratische Großorganisation, die sich in ihren Zielsetzungen, nicht aber in ihren Strukturen von anderen Bürokratien unterscheidet.«<sup>9</sup>

**8** Diese knappen Bemerkungen über die politische Kultur der DGB-Gewerkschaften, die innergewerkschaftliche Sozialismus-Debatten eher behindert hat, führen jedoch zu einer grundsätzlichen Problematik, die die Beziehung zwischen dem Zusammenbruch des »realen Sozialismus« und dem Selbstverständnis der Gewerkschaften unvermeidlich berührt, aber in der bisherigen Diskussion noch nicht thematisiert wurde. Die Krise des »sowjetischen Modells« ist zugleich die Krise eines politischen Organisationsmodells der Arbeiterbewegung, dessen geschichtliche Wurzeln weit zurückreichen (bis in die II. Internationale und die deutsche Sozialdemokratie vor 1914). Deren Politikbegriff war staats- und organisationsfixiert. Dafür gab es zahlreiche geschichtliche Gründe. Daß die Disziplin der Fabrikarbeit und der Armee das Or-

ganisations- und Kampfverständnis der revolutionären Arbeiterbewegung beeinflussten, war zugleich ein Reflex objektiv vorgegebener gesellschaftlicher und politischer Handlungsbedingungen. Gleichwohl hat die Verfestigung der Organisation nach dem Modell einer zentralisierten, von oben geführten Klassenbewegung notwendig Deformationen hervorgebracht, die entweder in der Ver selbständigung bürokratischer Apparaturstrukturen oder in der rigiden Ablehnung von Spontaneität, Selbsttätigkeit »von unten«, innerorganisatorischer Demokratie und demzufolge von basisdemokratischen Strukturen erscheinen mußte. (In diesem Zusammenhang wäre auch zu fragen, inwieweit der männliche und paternalistische Charakter der Arbeiterbewegung – mit dem sich z.B. die klassischen Industriegewerkschaften nicht nur in der BRD bis heute so schwer tun – nicht eng mit diesem Politik-, Macht- und Organisationsbegriff verflochten ist!).

Der Stalinismus, als eine »exzessiv machtorientierte« Deformation der Diktatur des Proletariats<sup>10</sup> war gewiß die extremste Form bürokratischer Diktatur, die durch die Verschmelzung von Parteiherrschaft und Staatsgewalt die Gesellschaft einer rigiden, bis zum Terror gesteigerten politischen und ideologischen Kontrolle unterwarf (scheinlegitimiert durch den Anspruch, daß eine sozialistische Gesellschaft durch diese Diktatur überhaupt erst entwickelt werden müsse). Auf diese Weise wurde dauerhaft – auch als nicht mehr abzuschüttelnde Erbschaft für die spätstalinistischen Systeme – die von Marx und Engels entworfene, aber auch von Lenin vertretene Perspektive der »Zurücknahme des Staates in die Gesellschaft«, als einer Entstaatlichung der Gesellschaft durch »Selbstverwaltung«, verschüttet. Die »Doppelkrise«, von der die Sowjetunion seit den späten 70er Jahren erfaßt wurde, resultierte daher einerseits aus der ökonomischen Stagnation; andererseits trat nunmehr der »Rückzug« der – im Vergleich zu den 30er Jahren sehr viel entwickelteren und in sich differenzierten – Gesellschaft vom Staat und der durch die Parteideologie fixierten Öffentlichkeit in der Form des moralischen Verfalls (Alkoholismus, Kriminalität, Jugendbanden usw.) an die Oberfläche.<sup>11</sup>

Selbstverständlich gibt es keinen direkten, inneren Zusammenhang zwischen dem Stalinismus und den gewerkschaftlichen Organisationsformen in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften Westeuropas. Dennoch ist in



den Diskussionen der westeuropäischen Linken über die Krise des traditionellen sozialistischen bzw. kommunistischen Politik- und Organisationskonzeptes schon seit langem – z.T. über heftige innere Kontroversen – auf die Überlebensfähigkeit eines Organisationsmodells aufmerksam gemacht worden, das an der straff organisierten, zentralistisch geführten Organisation festhielt, die zwischen Staat und bürgerlicher Gesellschaft systemkritische Interessen bündelt und in der Auseinandersetzung um die politischen Machtverhältnisse tritt. Gerade die Ausdifferenzierung der Interessen und Bedürfnisse in der bürgerlichen Gesellschaft hat auch bei Teilen der traditionellen Linken die Einsicht gefördert, »daß von nun an eine politische Praxis zum Scheitern verurteilt ist, die in nicht ausreichendem Maße den Individuen die Mittel an die Hand gibt, die Parzellierung und die undurchdringliche Abhängigkeit zu überwinden und ihr Verlangen nach Neugestaltung ihrer Persönlichkeit und nach transparenter Autonomie in die Aktion einzubringen, um die gesellschaftlichen Verhältnisse, von denen direkt ihr Leben abhängt, zu transformieren.«<sup>12</sup>

**9** Die Sozialismus-Diskussionen in der westeuropäischen Linken haben freilich nicht allein die »Organisationsfrage« zum Gegenstand. Schon lange hat sich diese Diskussion von »Modellen« verabschiedet, die die Verwirklichung einer alternativen, sozialistischen Gesellschaft etwa nach dem Vorbild der russischen Oktoberrevolution des Jahres 1917 konzipieren. Daß der Kapitalismus an seinen inneren ökonomischen Widersprüchen zusammen-

bricht, die Arbeiterklasse sich in solchen Krisen radikalisiert und zu einem revolutionären Handlungssubjekt homogenisiert und andere Klassen und Schichten mit sich reißt, daß eine Avantgarde-Partei als Ergebnis eines Bürgerkrieges die politische Macht ergreift, mit der Errichtung der Diktatur des Proletariats, die auf ein Rätssystem gegründet ist, den alten Staats- und Machtapparat zerschlägt, um dann zur Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und zur zentralisierten Planung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung überzugehen – von solchen Geschichtsmythen hat sich die Sozialismus-Diskussion in den hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften schon seit Jahrzehnten entfernt (wobei es natürlich aufschlußreich wäre zu analysieren, warum solche Mythen in der Auflösungs- und Parteigründungsphase der Studentenbewegung nach 1969 eine lebhaftere Renaissance erlebten!).

Selbstverständlich kann hier nicht systematisch auf die kritischen Analysen der nationalen wie der internationalen ökonomischen Entwicklung und ihrer krisenhaften Widersprüche und Verlaufsformen, auf die Debatten über den Strukturwandel der Klassenverhältnisse, der Lebensweise und der Vergesellschaftungsprozesse, über die Krise des Keynesianismus (als Element des »fordistischen« Regulationstyps), auf die Rezeption von Gramsci's Hegemonie- und Kulturtheorie, auf die Technik- und Ökologiedebatten u.v.a.m. eingegangen werden. Gleichwohl gilt, daß diese – weitverzweigte – Arbeit am »Projekt Sozialismus« nicht an abstrakten Leitideen und »Modellen«, sondern an realen,

durch a) die Logik der kapitalistischen Entwicklung (die nun einmal auf Privateigentum und Konkurrenz und auf dem Profit als der zentralen Regulationsfunktion der zyklischen Akkumulationsbewegung beruht), und b) die Krisen des »realen Sozialismus« bestimmten Widerspruchs komplexen orientiert ist. Letztlich geht es dabei darum, programmatisch und strategisch Alternativen zur herrschenden Logik der Akkumulation, Produktivkraftentwicklung und Vergesellschaftung zu vertreten und dabei als Teil eines Blockes progressiver politischer, sozialer und kultureller Kräfte zu wirken, der zunächst die Überwindung der neokonservativen Hegemonie anstrebt.

Solche Alternativen beziehen sich 1. auf die neuen Dimensionen der Internationalisierung von Risiko- und Widerspruchs komplexen, die insbesondere auf dem Gebiet der Friedenssicherung und Abrüstung und der Weltwirtschaftsordnung (von den Beziehungen zu den Ländern der Dritten Welt bis zum Europäischen Binnenmarkt '92) einen neuen Internationalismus erfordern; 2. auf eine Neubestimmung der Wachstumsmodelle entwickelter Industriege-

<sup>9</sup> Klaus Dörre: Gewerkschaften und Jugendliche, in: Frank Deppe u.a. (Hrsg.): Gewerkschaften im Umbruch, Köln 1989, S. 313 ff., hier S. 317.

<sup>10</sup> Werner Hofmann: Was ist Stalinismus? Mit einem Vorwort von Frank Deppe und Gert Meyer, Heilbronn 1984.

<sup>11</sup> Vgl. Klaus Segbers, Der sowjetische Systemwandel, Frankfurt 1989, S. 183 ff.

<sup>12</sup> Lucien Sève: Historische Individualitätsformen und Persönlichkeit, in: Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 10/ 1986, S. 17 ff., hier S. 38.

sellschaften, die einerseits auf die stofflichen Risiken der Produktivkraftentwicklung (Naturzerstörung, Gesundheits- und Umweltbelastung) mit einem neuen Modus der gesellschaftlichen und politischen Kontrolle reagiert, andererseits die Produktivitätspotentiale der wissenschaftlich-technischen Revolution nutzt, um deren soziale Risiken (die aus ihrer kapitalistischen Anwendung resultieren) durch Beschäftigungspolitik, Arbeitszeitverkürzung, Ausbau des Bildungs- und Sozialwesens sowie des gesamten Sektors der kulturellen Reproduktion aufzuheben;

3. auf die Herausbildung eines neuen Typs der politischen Kultur, die einerseits die Überwindung patriarchalischer Herrschaftsverhältnisse, andererseits die qualitative Ausweitung von Demokratie im Sinne von individueller und gesellschaftlicher Selbsttätigkeit – vor allem auch außerhalb der Kernbereiche des Produktions- und Arbeitsprozesses – in dezentralisierten Lebenswelten umfaßt.

Im Kern handelt es sich bei diesen neuen Herausforderungen um die Entwicklung und Durchsetzung eines neuen Vergesellschaftungstyps. Dieser steht insofern in den Traditionen der Sozialismus-Vorstellungen, als er antikapitalistisch ist, die Überwindung jener Ausbeutungs-, Herrschafts- und Konkurrenzverhältnisse zum Ziel hat, die in letzter Instanz durch die Logik der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse und der Profitproduktion bestimmt sind. Auf der anderen Seite bricht er mit Sozialismuskonzeptionen, die auf Staatseigentum, zentralistischer Planung und monolithischen politischen und ideologischen Herrschaftsformen beruhen. Selbstverständlich wird die Durchsetzung einer realen Vergesellschaftung sich der Problematik zu stellen haben, daß verschiedene Formen des Eigentums (privates, öffentliches, genossenschaftliches Eigentum) sowie Formen der demokratischen Planung und Kontrolle (Bildung von gesellschaftlichen Fonds, Umweltpolitik, Bildungs- und Wissenschaftspolitik, Strukturpolitik etc.) nicht abstrakt, gleichsam aus dem Nichts implementiert, sondern auf dem realen Niveau der im Kapitalismus erreichten Vergesellschaftung und Planung (die freilich primär den Zwecken der Sicherung des Profitsystems zugeordnet ist) weiterentwickelt werden müssen.

Die historische Rationalität der alten Vergesellschaftungskonzepte wurde wesentlich durch die Erfahrung von materiellem Elend, sozialer Unsicherheit, extremen physischen Arbeitsbelastun-

gen, Krisen und Kriegen oder eben auch der extremen Rückständigkeit eines Landes bestimmt. Heute hingegen wäre – zumindest in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften – die Rationalität eines neuen Vergesellschaftungstyps wesentlich danach zu bestimmen, in welchem Maße er internationale Solidarität, Überwindung der globalen Risiken, die Gleichheit (vor allem auch der Geschlechter) als Bedingung für die Entfaltung von Individualität, Entwicklung der kulturellen Bedürfnisse – kurzum: eine neue Stufe der demokratischen Gestaltung der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse ermöglicht.

Wenn hier von einem »Block progressiver politischer, sozialer und kultureller Kräfte« gesprochen wird, so impliziert dies zum einen die Absage an überholte Führungsansprüche von »Avantgarde-Organisationen«. Zum anderen soll damit deutlich werden, daß Gewerkschaften – als die wichtigsten Organisationsformen der Arbeiterbewegung im heutigen Kapitalismus – nicht allein, noch

nicht einmal in ihrer Gesamtheit, als die Träger und Subjekte einer solchen Alternative gedacht werden können. Wenn sich jedoch die Wahrnehmung einer autonomen, gewerkschaftlichen Interessenvertretung (in der Einheit von Schutz- und Gestaltungsfunktionen, von betrieblicher, tariflicher und gesamtpolitischer Interessenvertretung) notwendig politisiert, Gewerkschaften bzw. Teile der Gewerkschaften also eine zentrale Funktion für die Auseinandersetzung um die Entwicklung von Produktion, Arbeit und Technik, aber auch der politischen Kultur (als lebendige demokratische Organisationen) ausüben, dann werden Teile der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung in einem solchen Block auch eine wichtige Rolle zu spielen haben – freilich nur unter der Voraussetzung, daß auch sie die Ansprüche anderer sozialer, politischer und kultureller Kräfte als legitim und autonom anerkennen und dabei nicht nach einer Hegemonie, sondern nach demokratischen Formen der Diskussion über un-



terschiedliche Interessen und Standpunkte streben.

**10** Noch bis zum Herbst des Jahres 1989 waren die relevanten strategischen Debatten der westeuropäischen Linken wesentlich von der Erwartung bzw. Hoffnung geprägt, daß erstens der Zyklus der neokonservativen Hegemonie in eine Phase des Abschwungs und der Erosion eingetreten sei, und daß zweitens ein Erfolg der Gorbatschow'schen »Perestroika« in der UdSSR und anderen Ländern Ost- und Mitteleuropas eine positive internationale Ausstrahlung für das Projekt »demokratischer Sozialismus« (das nicht mehr durch die historische Spaltung der sozialistischen Arbeiterbewegung nach 1917 sowie durch den Bruch in der Haltung gegenüber dem »realen Sozialismus« belastet ist) ausüben könnte. Inzwischen hat sich mit den Revolutionen in der DDR, in der ČSSR, in Bulgarien, vor allem aber auch mit den schrecklichen Ereignissen in Rumänien, schließlich infolge der wachsenden Destabilisierung der inneren Lage in der UdSSR die zweite dieser Hoffnungen als Illusion erwiesen. Dieser Umbruch wird unvermeidlich – ohne daß wir die zukünftige Entwicklung genau voraussagen können – auf die innenpolitischen Kräftekonstellationen in Westeuropa – und insbesondere in der BRD – zurückwirken und damit auch die Bedingungen des Kampfes um die Überwindung der neokonservativen Hegemonie verändern.

■ Angesichts der Welle des Antisozialismus und des Nationalismus, die derzeit die Stimmung in der DDR beherrscht, liegt es nahe, daß die konservativen Kräfte hierzulande mit einer harten antisozialistischen Kampagne (»Freiheit statt Sozialismus«), die vor allem auch den linken Flügel der DGB-Gewerkschaften in der laufenden Tarifrunde zur Kapitulation zwingen soll, ihre Macht über die Bundestagswahlen Ende 1990 hinaus abzusichern suchen. Es ist derzeit noch offen, ob eine solche ideologische Mobilisierung im Geiste der »deutschen (marktwirtschaftlichen) Einheit« die politische Auseinandersetzung um die inneren sozialen und ökologischen Widersprüche und strukturellen Defizite neokonservativer Politik zu neutralisieren vermag (Massenarbeitslosigkeit, neue Armut, öffentliche Versorgungsnotstände, Wohnungsnot, Ökologieproblematik usw.). Gleichfalls wird erst in einigen Jahren die Geschichte die Frage beant-

worten, welche Reaktionen schließlich in der internationalen Politik – und namentlich bei seinen europäischen Nachbarn – ein vereintes Deutschland erzeugen wird, das zur unumschränkten Hegemonialmacht in Mitteleuropa (mit äußerst schwachen östlichen Nachbarn) geworden ist.

■ Mit der Öffnung der Länder Ost- und Mitteleuropas zum Westen entstehen zahlreiche neue soziale Probleme, die ihrerseits die heute vorherrschenden gesellschafts- und sozialpolitischen Konfliktfelder überlagern oder umdefinieren könnten. Es geht dabei nicht nur um die schon jetzt heftig diskutierte »Belastungsfähigkeit« der Systeme der sozialen Sicherung, sondern vor allem um Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, die ihrerseits die gewerkschaftliche Vertretungsmacht empfindlich schwächen könnten. Die Diskussion über das »Sozialdumping«, das durch den Europäischen Binnenmarkt '92 erleichtert wird, ist schon längst durch den Sachverhalt in den Hintergrund gedrängt worden, daß aufgrund des enormen Wohlstandgefälles zwischen West- und Osteuropa (und besonders zwischen der BRD und der DDR) und aufgrund des sozialökonomischen Zerfalls in den »realsozialistischen« Ländern Mobilitätsprozesse ausgelöst werden, die die quantitativen Dimensionen jetzt schon vorhandener Unterbietungskonkurrenz, sowie von Schwarzarbeit und ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen z.T. erheblich ausweiten. Wenn – was zu erwarten ist – die Arbeitslosigkeit mit der Umstellung der maroden Planwirtschaft auf produktivitätsorientierte und marktwirtschaftliche Strukturen die Arbeitslosigkeit in diesen Ländern nach oben treibt, dann wird dieser Druck unvermeidlich zunehmen.

Starke Gewerkschaften könnten sich dann auf noch bessere Argumente für Beschäftigungspolitik, Arbeitszeitverkürzung und den Ausbau der sozialen Sicherungssysteme beziehen. Es ist jedoch eher zu befürchten, daß solche Prozesse einer »Amerikanisierung« der Arbeitsmärkte die Konkurrenz verschiedener – nationaler bzw. ethnischer – Fraktionen der Arbeiterklasse vorantreiben und dabei Hierarchien der Arbeitsbedingungen, der Lebensweise, auch der Verfügung über gewerkschaftliche Vertretungsmacht verfestigen. Dabei müßten notwendig jene noch relativ starken Positionen einer kollektiven Interessenvertretung aufgebrochen werden, über die Teile der DGB-Gewerkschaften heute noch verfügen. Daß solche Formen der

Konkurrenz in der Regel mit dem Aufkommen rassistischer und nationalistischer Bewußtseinsformen einhergehen, gehört heute schon zur Alltagserfahrung in Betrieben und Wohnvierteln – ganz zu schweigen von Übersiedler- und Asylantenlagern! Die Hilflosigkeit vieler Gewerkschafter im Umgang mit den »Republikanern« läßt erahnen, wie tief diese Problematik bereits in die Binnenstrukturen der Gewerkschaften eingedrungen ist.

Insgesamt wird die Linke in der Folge des Zusammenbruchs des »realen Sozialismus« mit einer neuen Epoche der weltgeschichtlichen Entwicklung konfrontiert. Das 20. Jahrhundert war seit 1917 – vor allem dann seit 1945 – durch die Struktur des Ost-West-Gegensatzes, durch den Gegensatz zwischen Kapitalismus und Staats- bzw. Staatssystem gewordenem Sozialismus bestimmt. Diese »bipolare« Struktur der Weltpolitik und -wirtschaft hat nicht nur die internationalen Beziehungen (Kalter Krieg, Blockbildung, Hochrüstungsspirale, Abschreckungsphilosophie im atomaren Zeitalter) definiert, sondern zugleich – mehr oder weniger direkt – die Bedingungen für die politische Bearbeitung des Gegensatzes von Kapital und Arbeit und der »sozialen Frage« in den hochentwickelten kapitalistischen Staaten »überdeterminiert«.

Diese Strukturen befinden sich in einem Prozeß der Auflösung. Ob daraus eine weltpolitische Friedensordnung mit einem gesamteuropäischen Sicherheitssystem und einer Abschaffung der menschenbedrohenden Waffensysteme, ja einer Abschaffung der Armeen, hervorgeht, ob der vom Ballast der Systemkonkurrenz befreite Kapitalismus/Imperialismus in der Zukunft von innen mit einer gesellschaftspolitischen Alternative konfrontiert wird, das hängt weitgehend vom Verlauf und von den Ergebnissen von sozialen und politischen, aber auch von kulturellen und geistigen Kämpfen ab, deren Bedingungen die real existierenden, kapitalistischen Industriegesellschaften – regional, national und global – erzeugen. Diese Ergebnisse werden vor allem von der Fähigkeit eines Blockes progressiver Kräfte abhängen, solche Alternativen zu vertreten. Den Gewerkschaften kommt dabei für die Zukunft eine bedeutende Rolle zu. Daher besteht auch kein Grund, daß Sozialistinnen und Sozialisten in den Gewerkschaften sich nunmehr in der Form von Unterwerfungs- und Anbiederungsritualen an »den Kapitalismus« aus der Geschichte verabschieden. ❖